

1081/J XXI.GP

ANFRAGE

der Abgeordneten G. Moser, Freundinnen und Freunde

an den Bundesminister für Finanzen

betreffend Resolution des Landtages über Wohnbaugelder bzw Beibehaltung der Wohnbauförderung

Immer wieder wurde seitens des Bundes im Vorfeld von Finanzausgleichs - verhandlungen eine Kürzung bzw überhaupt die Abschaffung der Wohnbauförderungsmittel seitens des Bundes in die öffentliche Diskussion gebracht. Die unterfertigten Abgeordneten sind der Auffassung, dass derartigen Tendenzen rechtzeitig mit allen zu Geboten stehenden Mitteln entgegengewirkt werden muss.

Zum einen stellt die Wohnbauförderung mit öffentlichen Mitteln in Österreich eine wesentliche Komponente des sozialen Ausgleichs dar. Nur mit ihrer Hilfe war und ist es möglich, breitesten Bevölkerungskreisen zur Nutzung bzw Schaffung von angemessenem Wohnraum zu verhelfen.

Zum anderen ist die Wohnbauförderung einer der wichtigsten Motoren der Bauwirtschaft. Ohne die entsprechende Unterstützung der öffentlichen Hand würden große Teile der heimischen Bauwirtschaft nicht mehr ausreichend beschäftigt werden können.

Eine Kürzung oder gar eine ersatzlose Abschaffung der Wohnbauförderungsmittel des Bundes würde somit auch gesamtwirtschaftlich gesehen zu negativen Entwicklungen führen.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE:

1. In welcher Form sollen in Zukunft die Wohnbautätigkeiten auf Landesebene aufrecht erhalten werden, wenn andererseits die Mittel über den Finanzausgleich gekürzt werden?
2. Welche Umschichtungsmaßnahmen können Sie sich vorstellen?